

*Es wird damit gerechnet, dass Obama 30.000 zusätzliche US-Soldaten nach Afghanistan schicken wird und von NATO-Staaten 10.000 weitere erwartet.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 264/09 – 27.11.09**

## **Die USA wollen von ihren Verbündeten 10.000 Soldaten für Afghanistan**

Von Eric Schmitt und Steven Erlanger  
THE NEW YORK TIMES, 26.11.09

( <http://www.nytimes.com/2009/11/26/world/asia/26troops.html?hp> )

WASHINGTON – Die Vereinigten Staaten versuchen verzweifelt, ihre NATO-Verbündeten dazu zu überreden, 10.000 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan zu entsenden und damit ihren Beitrag zu der (neuen) Strategie des Präsidenten Obama für diese Region zu leisten. Bisher seien diese Staaten aber nur dazu bereit, weniger als Hälfte der gewünschten Anzahl zur Verfügung zu stellen, ließen am Mittwoch Offizielle der USA und der Verbündeten verlauten.

Die NATO-Mitglieder und andere ausländische Verbündete sind sehr zurückhaltend, wenn es um die Entsendung zusätzlicher Soldaten geht, weil der Widerstand gegen den Afghanistan-Krieg in ihren Ländern wächst und die Besorgnis über die Korruption der Regierung des Präsidenten Hamid Karzai zunimmt.

Die Obama-Regierung möchte mit einem wesentlichen Beitrag der Verbündeten ihre eigenen Truppenverstärkungen verringern und die innenpolitische Kritik am Afghanistan-Krieg dämpfen. Damit käme sie auch in die Nähe der von den Militärs geforderten 40.000 zusätzlichen Soldaten, ohne sich nur auf die bereits stark beanspruchten US-Streitkräfte verlassen zu müssen.

Nach Wochen des Nachdenkens will Obama am Dienstag seine neue Kriegspolitik für Afghanistan verkünden. Regierungsvertreter hoffen, dass er seine Strategie in einer einleuchtenden Rede darstellt, die sie mit frischer Munition versorgt, damit sie in den Hauptstädten verbündeter Länder um Unterstützung kämpfen können.

Die Regierung ist mit mehreren Hürden konfrontiert, wenn sie die Verbündeten zu stärkerer Beteiligung auffordert. In Großbritannien, das 500 weitere Soldaten zugesagt hat, erklärte Verteidigungsminister Bob Ainsworth am Dienstag, Obama habe zu lange gebraucht, um sich für eine neue Strategie zu entscheiden, und damit die Möglichkeiten der (britischen) Regierung eingeschränkt, die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Krieg zurückzugewinnen.

Die britische Regierung weiß aus Meinungsumfragen, dass etwa 70 Prozent der Bevölkerung einen baldigen Abzug (aus Afghanistan) wollen. Diese Zahl hat sich in den letzten sechs Monaten fast verdoppelt, weil das Land mit 97 Gefallenen in diesem Jahr die höchsten Verluste seit 2001 zu beklagen hatte, als nach dem Sturz der Taliban auch britische Truppen nach Afghanistan entsandt wurden.

Deutschland und Frankreich haben es bereits abgelehnt, noch mehr Soldaten in einen Krieg zu schicken, der so wenig öffentliche Unterstützung hat, dass sie die gegenwärtige Truppenstärke kaum aufrechterhalten können.

In den Niederlanden und in Kanada werden bereits Abzugspläne erarbeitet. Offizielle des kanadischen Verteidigungsministeriums erklärten vor Reportern, die letzte Woche mit Verteidigungsminister Robert M. Gates nach Halifax gekommen waren, dass sie nicht die Absicht hätten, in Zukunft weitere Soldaten zu stellen und an dem für Ende 2011 geplanten Abzug festhielten.

**Selbst wenn die Verbündeten nach der am Dienstag in West Point vorgesehenen Rede des Präsidenten 5.000 oder mehr zusätzliche Soldaten zur Verfügung stellen sollten, werden sie dabei nach Aussage von NATO-Vertretern die Truppen mitzählen, die zur Absicherung der Wahl oder als Ausbilder der afghanischen Armee und Polizei bereits nach Afghanistan entsandt wurden.**

Außerdem bleibt ungewiss, ob mehrere tausend Soldaten aus NATO-Ländern oder anderen Staaten wirklich die gleichen militärischen Leistungen erbringen können, wie die gleiche Anzahl amerikanischer Soldaten. Einige Staaten könnten wie bisher die Einsatzmöglichkeiten ihrer Soldaten einschränken. Eine von mehreren Nationen zusammengestellte Streitmacht mit einigen hundert Soldaten aus dem einen und tausend aus einem anderen Land könnte einen schlechteren Zusammenhalt als eine geschlossene US-Einheit haben, befürchten Militärexperten.

**Washington hat noch keine formellen Truppenanforderungen an die Verbündeten gerichtet, aber es hat schon diplomatische und andere Kontakte gegeben, bei denen es um grundsätzliche Sondierungen ging; neben führenden US-Offiziellen waren auch NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen; und der britischen Premierminister Gordon Brown daran beteiligt**

Mitarbeiter Obamas haben signalisiert, dass er vorhat, etwa 30.000 US-Soldaten zusätzlich zu den dort bereits eingesetzten 68.000 zu entsenden.

Regierungsmitarbeiter äußerten, der Präsident werde wahrscheinlich die NATO-Verbündeten bitten, die Lücke zwischen den von ihm angekündigten US-Truppenverstärkungen und den etwa 40.000 Mann zu füllen, die General Stanley A. McChrystal, der NATO-Oberkommandierende in Afghanistan, für die von ihm vorgeschlagene Art der Aufstands-Bekämpfung gefordert hat. Die Informanten bestanden auf Anonymität, weil die Forderungen noch nicht formell bekannt gegeben wurden.

**Nach Obamas Rede und einer unterstützenden Erklärung des (Nato-Generalsekretärs) Rasmussen werden sich die NATO-Außenminister am nächsten Donnerstag und Freitag in Brüssel treffen, um über Afghanistan zu diskutieren. Über Details zu den Truppenverstärkungen werde aber wahrscheinlich erst auf einer speziellen Konferenz gesprochen, die nach Auskunft Offizieller der USA und ihrer Verbündeten am 7. Dezember ebenfalls in Brüssel stattfinden wird.**

Die Verbündeten hätten informell bereits mehrere tausend zusätzliche Soldaten zugesagt, dazu gehörten aber auch viele der 10.000 Soldaten, die schon im letzten Jahr von europäischen Regierungen nach Afghanistan geschickt wurden, sowie Truppen die zur Absicherung der Präsidentenwahl kamen, teilten NATO-Offizielle mit.

Nachdem einige Länder bereits den Abzug ihrer Truppen planen, "werde es Druck auf diese Verbündeten geben, ihre Soldaten in Afghanistan zu belassen," erklärte ein führender NATO-Vertreter.

**Rasmussen hat am Mittwoch in Rom mit der italienischen Regierung über dieses Thema gesprochen, und sie scheint zur Entsendung zusätzlicher Truppen bereit zu sein. Er ist auch schon in Warschau gewesen, und Polen will ebenfalls mehr Soldaten schicken.**

**(Der britische Premierminister) Brown sagte am Mittwoch, nachdem er bei Verbündeten geworben habe, sei er jetzt "optimistisch", dass mehrere Länder "tatsächlich mehr Soldaten, mehr Polizeiausbilder und mehr Unterstützung für Zivilisten zur Verfügung stellen werden". Er hoffe, dass dabei 5.000 Soldaten zusammen kämen.**

Andere NATO-Vertreter rechnen eher mit einer geringeren Anzahl. Polen, Italien und Großbritannien wollten zwar zusätzliche Truppen schicken, aber von Deutschland und Frankreich gebe es zur Zeit noch keine Zusagen.

Georgien, das sein Verbindungen zur NATO ausbauen will und eine Mitgliedschaft in der Allianz anstrebt, ist bereit, eine weitere Kompanie zu stellen, könnte aber 2010 als größter nicht der NATO angehörender Truppenentsender seine Soldaten zurückziehen.

Frankreich bleibt bei seiner Weigerung, außer den 3.750 Soldaten, die jetzt schon in Afghanistan sind, weitere zu entsenden. Es hat seine Truppen erst im letzten Jahr durch ein Bataillon mit 800 Soldaten verstärkt und in diesem Jahr mit weiteren 200 Mann ergänzt; Christophe Prazuck, ein Sprecher des französischen Militärs, hat erklärt, es sei geplant 150 Gendarmen als Ausbilder für die afghanische Polizei zu schicken.

Am 1. November hat Frankreich außerdem seine Truppen aus Kabul zurückgezogen und als neue 2.500 Mann starke Einsatzgruppe östlich der Hauptstadt stationiert. Präsident Nicolas Sarkozy hat Mitte Oktober gegenüber der Zeitung LE FIGARO geäußert: "Frankreich wird keinen einzigen Soldaten zusätzlich schicken."

**Die neue deutsche Regierung hat sich nicht zu mehr Truppen verpflichtet, aber Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg sagte am Dienstag vor Militärführern in Berlin: "Deutschland wird sein militärisches Engagement nochmals überdenken und abstimmen, vielleicht sogar verstärken müssen, um Afghanistan zu einem Erfolg zu machen."**

**Die Absicht der Deutschen, ihre Truppen in Afghanistan zu lassen, muss im Dezember vom Bundestag bestätigt werden. Zur Zeit hat das Land etwa 4.300 Soldaten dort. Zu Guttenberg besteht darauf, dass die Regierung vor der internationalen Afghanistan-Konferenz Ende Januar nicht über Truppenverstärkungen nachdenken wird, obwohl er kürzlich wegen der sich verschlechternden Situation 120 zusätzliche Soldaten ins nördlichen Afghanistan entsandte.**

*Eric Schmitt berichtete aus Washington und Steven Erlanger aus Paris. Zu dem Bericht beigetragen haben John F. Burns aus London, Nicholas Kulish aus Hamburg, Deutschland, und Elisabeth Bumiller und Michael R. Gordon aus Washington.*

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Die erneut aufgeflammete Debatte um die vielen zivilen Opfer des von einem deutschen Oberst angeforderten Bombenangriffs bei Kunduz dürfte noch einige Zeit andauern, wird den Bundestag aber nicht daran hindern, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan mit deutlicher Mehrheit zu verlängern. Obama hat sich offensichtlich entschieden, das Morden in Afghanistan fortzusetzen, und die Bundeswehr wird sich sicher bald mit noch mehr Soldaten daran beteiligen.)

November 26, 2009

## **U.S. Seeks 10,000 Troops From Its Allies in Afghanistan**

By ERIC SCHMITT and STEVEN ERLANGER

WASHINGTON — The United States is scrambling to coax NATO allies to send 10,000 additional troops to Afghanistan as part of President Obama's strategy for the region. Those countries appear willing to provide fewer than half that number, American and allied officials said Wednesday.

NATO members and other foreign allies have expressed reluctance to send more soldiers because of the Afghan war's growing unpopularity in their countries and increasing concerns over corruption in President Hamid Karzai's government.

The Obama administration views a substantial contribution from its allies as a way to keep the American troop increase lower and blunt domestic political criticism of the Afghan war. It would also allow the administration to come close to the military's request for 40,000 additional troops without relying totally on the already stretched American armed forces.

After weeks of deliberation, Mr. Obama is to announce his Afghan war policy on Tuesday. Administration officials say that a strong speech explaining Mr. Obama's strategy for achieving success would provide them with fresh ammunition to galvanize support in foreign capitals.

The administration confronts several hurdles to garnering more allied contributions. In Britain, which has pledged an additional 500 troops, Defense Minister Bob Ainsworth said Tuesday that Mr. Obama had taken too long to decide on a new strategy, harming the British government's ability to rally public support for the war.

The British government is facing opinion polls showing that around 70 percent of the public favors an early withdrawal. That figure has nearly doubled in the past six months, as the country has sustained its worst casualties — 97 killed so far this year — since it first deployed troops to Afghanistan after the Taliban were toppled in 2001.

Germany and France have balked at committing any more forces to a war that has so little public support that they can barely maintain current troop levels.

The Netherlands and Canada have begun discussing plans to pull out. Canadian defense officials told reporters traveling with Defense Secretary Robert M. Gates in Halifax last week that they had no intention of sending troops in the future, and that they remained committed to withdrawing by the end of 2011.

Even if the allies make commitments for 5,000 or more new troops after the president's address on Tuesday at West Point, NATO officials say, those commitments will include troops already in Afghanistan to provide security for recent elections and trainers for the Afghan Army and the police.

And it remains unclear whether several thousand NATO and other foreign troops are really the equal of a similarly sized American force in terms of military capacity. Some countries may continue to restrict how their forces may be employed. In addition, a force that is cobbled together from too many nations — a few hundred here and a thousand there — might not have the unit cohesion of an American force, military analysts said.

Washington has not yet made formal troop requests to allies, but there have been diplomatic and other conversations seeking commitments in principle, carried out by senior American officials; the NATO secretary general, Anders Fogh Rasmussen; and Prime Minister Gordon Brown of Britain.

Mr. Obama's aides have signaled that he intends to commit close to 30,000 additional American troops, on top of the 68,000 already there.

The president is likely to ask NATO allies to fill the gap between whatever new American troop contribution he announces and the approximately 40,000 that the NATO commander in Afghanistan, Gen. Stanley A. McChrystal, favors to carry out his proposed counterinsurgency strategy, according to administration officials. The officials spoke on the condition of anonymity because the policy had not been formally announced.

After Mr. Obama gives his speech and Mr. Rasmussen delivers a statement of support, NATO foreign ministers are to meet in Brussels next Thursday and Friday to discuss Afghanistan. But troop commitments are not likely to be discussed in detail before a so-called force-generation conference on Dec. 7, also in Brussels, American and allied officials said.

Informal commitments of several thousand additional allied troops have already been made, but they include some of the 10,000 more European troops that were sent to Afghanistan by governments last year, as well as troops sent for the recent presidential election, NATO officials said.

While some countries are planning to pull these troops out, "there will be pressure on allies to keep those forces in Afghanistan," a senior NATO official said.

Mr. Rasmussen spent Wednesday in Rome, for instance, talking to the Italian government about that very topic, and it appeared ready to send more troops, officials said. Mr. Rasmussen has also been to Warsaw, which officials said would contribute more troops.

Mr. Brown said Wednesday that he was "now optimistic," after canvassing allies, that a number of countries "will indeed make available increased numbers of troops, and more police trainers and civilian support." He said he hoped the figure would be 5,000 troops.

Other NATO officials said that figure was roughly accurate, even low. With new contributions expected from Poland, Italy and Britain, the major exceptions for the moment are Germany and France, the officials said.

Georgia, which is trying to secure its ties to NATO and its future membership in the group, has agreed to send another company, officials said, and may end 2010 as the largest non-NATO contributor.

France, however, is standing firm on its refusal to consider sending more troops beyond the 3,750 now in Afghanistan. It increased its troops by a battalion of 800 last year, added 200 more this year, and plans to send 150 more gendarmes to help train the Afghan police, said Christophe Prazuck, a spokesman for the French military.

From Nov. 1, France has also redeployed its troops out of Kabul into a new task force with 2,500 troops based east of the capital. But President Nicolas Sarkozy told the newspaper *Le Figaro* in mid-October, "France will not send a single soldier more."

The new German government has not committed to more troops, but Defense Minister Karl-Theodor zu Guttenberg told military leaders in Berlin on Tuesday that “Germany will rethink and adjust, maybe even strengthen its military commitment to make Afghanistan a success.”

The German mandate to keep its troops in Afghanistan is up for approval by Parliament in December. Right now the country has roughly 4,300 soldiers there. Mr. Guttenberg has steadfastly maintained that the government will not review the level of forces until after an international Afghanistan conference at the end of January, though he recently authorized an additional 120 soldiers to help deal with the worsening situation in northern Afghanistan.

*Eric Schmitt reported from Washington and Steven Erlanger from Paris. Reporting was contributed by John F. Burns from London, Nicholas Kulish from Hamburg, Germany, and Elisabeth Bumiller and Michael R. Gordon from Washington.*

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**